

Aktuelle Aspekte und Entwicklungen des türkischen EU-Beitrittsprozesses

Wolfgang Molitor

Wenn wir über Deutschland oder über die einzelnen Nationalstaaten und deren Verhältnis zur Türkei innerhalb des EU-Beitrittsprozesses reden, müssen wir fein unterscheiden – also nicht vorrangig von Außenpolitik reden, sondern von innenpolitisch motivierter Außenpolitik. Das sind zwei grundsätzlich verschiedene Aspekte, weil man sich in der Tat aus zwei grundsätzlich verschiedenen Richtungen diesem Problem nähern sollte.

Ich bitte das nicht als deutsche Großmannssucht zu verstehen, wenn ich zunächst einige Hinweise auf den Europawahlkampf in Österreich gebe. Aber da in Deutschland ein Europawahlkampf im Prinzip nicht

stattgefunden hat, will ich im Folgenden nach Österreich auswandern, um von dort aus auf einige Aspekte hinzuweisen, wie Europawahlkampf auch laufen kann – vor allem dann, wenn er dramatisch von rechtspopulistischen Parteien vorangetrieben wird. Der Hinweis auf Österreich soll aber auch die Botschaft enthalten: So etwas wird es in Deutschland vor dem Hintergrund der Bundestagswahl sicher nicht geben.

Österreich also. Vor der Europawahl haben fast alle Parteien, die im Wiener Parlament vertreten sind – die Grünen ausgenommen – sich im Prinzip im Wahlkampf darauf verständigt, in Brüssel einen Verhandlungsstopp für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu fordern. Allein diese Situation gibt es in Deutschland nicht. In Österreich hat es dagegen eine kleine rechtsausgerichtete Partei, die FPÖ, geschafft, dieses Thema in Ermangelung anderer Themen den beiden großen Parteien, der konservativen österreichischen Volkspartei (ÖVP) und den Sozialdemokraten (SPÖ) vorzuschreiben, so dass das Thema „Türkei und Europa“ den Wahlkampf dominierte. Ich wiederhole: In Deutschland hat es keinen derartigen Wahlkampf gegeben. Die knackigste Formulierung auf den Plakaten war die von der CDU: „Wir in Europa.“ Nicht „Nur wir in Europa“.

Das große Thema in Österreich war also das „Nein zum türkischen EU-Beitritt, und obwohl auch das neue Europäische Parlament, noch nicht über einen Beitritt des Landes am Bosphorus entscheiden wird, zog FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache mit dem Kreuz durchs Land. Da sind wir wieder beim Christen-Club der 90er Jahre gelandet. Strache warnte vor einem Beitritt der Türkei. Und weil antiislamische Ressentiments generell nicht zum großen Triumph reichen könnten,

legte die FPÖ mit einem weiteren Nein zum, nicht aktuellen, EU-Beitritt Israels noch eine antisemitische Lage nach. In Umfragen liegen die Rechtspopulisten in Österreich vor den Wahlen bei 22%, sind also keine Splittergruppe, sondern eine Organisation, die im zweistelligen Bereich zu verorten ist.

Die katholische Kirche hat sich von diesem Kreuzzug distanziert und sich gegen den Missbrauch des Kreuzes als Kampfsymbol verwahrt – wenn auch ziemlich spät. Auch die politischen Gegner haben sich ziemlich angewidert abgewandt, vor allem vom Wahlkampf-Slogan der FPÖ, der sich im Deutschen reimt. Er heißt: „Abendland in Christenhand“. Das war die Parole, die in Österreich den Wahlkampf mitbeherrschte.

Damit hat die FPÖ nahezu alle anderen Parteien vor sich hergetrieben. SPÖ Spitzenkandidat Hannes Swoboda hatte schon Anfang Mai Außenminister Michael Spindelegger zu einer Änderung des Türkei-Kurses aufgerufen. Die Verhandlung solle nicht mehr in Richtung Beitritt, sondern zu einem engeren Verhältnis mit der Türkei geführt werden. Und damit man ihn nicht missverstehe (denn natürlich ist kein europäischer Politiker außerhalb der extremen Szene gegen die Türkei an sich, sondern nur gegen ihren Beitritt zur EU), verknüpfte er seine Forderung zur Distanzierung mit einem „rassistischen Wahlkampf auf dem Rücken unserer türkischen Mitbürger“.

Einen ähnlichen Weg beschritt auch ÖVP-Spitzenkandidat Strasser, der zwar den FPÖ-Wahlkampf als unappetitlich, menschenverachtend nannte und als ein bewusstes Spiel mit nationalsozialistischen Gefühlen anprangerte, aber innerlich Straches Kreuzzug anschloss. Weil die Zustimmung der Bevölkerung fehle, war er dafür, das es

„diese Verhandlungen über den EU-Beitritt nicht mehr geben kann, solange sich die Dinge nicht grundsätzlich geändert haben“ – und dies werde eher 5, 10 oder 15 Jahre dauern.

Ich komme zurück nach Deutschland, genauer nach Bayern. Dort gibt es eine regionale Partei mit bundespolitischer Bedeutung, die im Europaparlament sitzt, und die – möglicherweise wegen ihrer geographischen Nähe zu Österreich – ähnliche, wenn auch nicht ganz so dramatisch provokante Thesen verbreitet hat wie die FPÖ. Das ist die CSU. Das ist deswegen interessant – ich sage es für die türkischen Kollegen zur politischen Einordnung, weil die CSU im Bundestag mit der CDU regiert, und zwar eine eigenständige Partei, in einer Fraktionsgemeinschaft. Und weil die CSU zusammen mit der Kanzlerinnenpartei CDU ein gemeinsames Programm für die Europawahl wie in großen Teilen auch für die Bundestagswahl aufgestellt hat. Deshalb hier einige Gedanken des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Horst Seehofer. Er hatte im Mai die EU aufgefordert, einen Kurswechsel in der Debatte um eine Mitgliedschaft der Türkei zu vollziehen. Man dürfe nicht mit Beitrittsverhandlungen, die ohnehin keinen Erfolg haben können, „den Menschen Sand in die Augen streuen“. Die EU solle „endlich umdenken und eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei anstreben.“ Wobei man weiß: Der Begriff „privilegierte Partnerschaft“ kommt von Seiten der Union in Deutschland und wird nach wie vor auch von Angela Merkel favorisiert.

Seehofer fügte hinzu: „Aus meinen Gesprächen auch mit türkischen Mitbürgern habe ich den Eindruck gewonnen, das viele Türken, die in Deutschland leben, unsere Position verstehen, denn nicht nur die EU

würde mit einem Türkei-Beitritt überfordert, sondern auch die Türkei selbst.“ Ich erwähne das deswegen, weil ich das Gefühl habe, dass dahinter eine Strategie steckt. Zum einen wird gesagt, die Türkei sei überfordert aber auch Deutschland. Zum anderen wird vermeintlich selbstkritisch behauptet, die Europäische Union selbst sei mit dem Beitritt Ankaras überfordert – wobei man versucht, die Folgen eines Gesichtverlustes für die Türkei im Vorfeld abzumildern. Die Botschaft heißt: „Es liegt nicht nur an euch, es liegt vor allen Dingen auch an uns.“

Die CSU scheute sich in diesem Fall nicht, auf US-Präsident Barack Obama zu zielen, der sich deutlich für einen Beitritt der Türkei in die EU ausgesprochen hatte. Der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt zürnte, der US-Präsident versuche wie sein Vorgänger die Türken auf Kosten der Europäer zu belohnen und damit gleichzeitig die europäische Integration zu schwächen oder zu unterminieren. Hier wird unterschwellig behauptet der Beitritt der Türkei in die EU sei keine Weiterentwicklung Europas, sondern der schon in Helsinki auf die Schienen gesetzte Versuch Amerikas, die europäische Integration zu schwächen und zu unterminieren. Das jedoch sind Töne, die sich im deutschen Wahlkampf nicht durchgesetzt haben.

Wir haben in Deutschland weder einen richtigen Europawahlkampf noch einen Anti-Türkei-Wahlkampf erlebt. Denn die Anti-Türkei-Parolen wenden sich im Prinzip nicht an ein neues Publikum, sondern suchen vor allen Dingen bei denjenigen wieder Rückhalt zu finden, bei denen man bereits Rückhalt hatte. Das ist Außenpolitik, die von der Innenpolitik eindeutig dominiert ist.

In allen Reden, die ich im Vorfeld dieses Seminars nachgelesen habe

(auch in Stellungnahmen im Europa-Programm der Union, in Stellungnahmen der Kanzlerin als auch bei der FDP) wird stärker als noch vor wenigen Jahren darauf hingewiesen, das man durch negative Äußerungen über den EU-Beitritt der Türkei die reformorientierten Kräfte in der Türkei beschädigt. Vor 5 Jahren klang das noch ein bisschen anders. Da war man im Prinzip auf dem Weg zu sagen, die Türkei ist ein Land, das sich auf den Reformweg gemacht hat. Heute hört man aus diesen Kreisen kaum noch den Hinweis, die Türkei habe sich auf den Weg der Reformen gemacht.

In sieben Bundesländern fand am 7. Juni nicht nur die Europawahl statt, sondern auch die Wahl zu Kommunalparlamenten. Ich will am Schluss noch mal darauf hinweisen, dass es eine deutliche Tendenz gibt, das immer mehr Deutsche türkischer Herkunft auch auf kommunaler Ebene politisch mitwirken.

Wir haben in Stuttgart, der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg (600.000 Einwohner) zwar noch nicht sehr viele türkisch stämmige deutsche Bewerber, aber in allen Parteien für das Gemeinderatsparlament sind es insgesamt 5, aber nicht alle 5 aussichtslos platziert und alle auf fast alle großen Parteien verteilt. Vor diesem Hintergrund kann ich verstehen, das aus dem Sprachgebrauch – vielleicht ist das ein bisschen optimistisch formuliert – in Deutschland der Begriff „Gastarbeiter“ nahezu verschwunden ist. Wir reden nun umständlich von Deutschen mit türkischstämmigem Hintergrund oder von Deutschtürken. Aber der Begriff „Gastarbeiter“ in diesem Zusammenhang ist mir seit Jahren eigentlich nicht mehr untergekommen. Wir diskutieren sehr problembelastet in Deutschland – selbst vor dem Hintergrund von Wahlkämpfen – sehr gemäßigt da-

rüber, wie wir in Deutschland zusammenleben. Wir streiten im Prinzip, von wenigen Wirren abgesehen, nicht mehr über die Frage, „geht ihr wieder zurück oder was können wir tun, wenn wir jetzt weniger Arbeitsplätze brauchen?“ Wir haben in der Wirtschaftskrise in keiner Zeitung zum Thema gehabt, was mit Ausländern wäre, wenn wir zum Jahresende wieder fünf Millionen Arbeitslose hätten. Was passiert mit ausländischen Mitarbeitern? Dieses Thema wird unter negativen, diskriminierenden Aspekten nicht diskutiert.

Auch in der Bundestagswahl deutet sich vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise kein Streit an, der auf dem Rücken von Ausländern oder von deutsch-türkischen Minderheiten ausgetragen wird. Wir sitzen im Prinzip in dieser Krise in einem Boot, und ich sehe weder auf Seiten der Union noch sonst wo ein Wahlkampfthema, das sich gegen die Türkei wendet.